GENDER OPEN REPOSITORIUM

Grenzenlos radikal? : Die Grenzen der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich

Briatte-Peters, Anne-Laure

2010

https://doi.org/10.25595/1389

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Briatte-Peters, Anne-Laure: *Grenzenlos radikal? : Die Grenzen der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich*, in: Ariadne : Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2010) Nr: 57, 6-13. DOI: https://doi.org/10.25595/1389.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF).

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

ARIADNE HEFT 57

INHALT

Impressum 2

Editorial 3

Inhalt 5

Grenzenlos radikal? Die Grenzen der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich 6
Anne-Laure Briatte-Peters

Gedachte Grenzen. Ehescheidungsrechtsforderungen als Grenze innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung, 1918-1933 14
Marion Röwekamp

Nationale und geschlechtliche Grenzziehungen ›verqueeren‹. Transgressionen russischer Sozialrevolutionärinnen und Studentinnen in der Schweiz des frühen 20. Jahrhundets 22
Dominique Grisard

Zwischen »russischer Steppenfurie« und Idealtyp einer Revolutionärin Das bewegte Leben der Sozialistin Sarah Rabinovitsh 28
Rebekka Denz

Gebildete Damen im staatlichen Dreieck Grenzen und Schranken in der polnischen Frauenbewegung um 1900 32
Iwona Dadej

Grenzüberwindungen versus Grenzziehungen Frauenbewegungen im österreichischen Galizien um 1900 38
Angelique Leszczawski-Schwerk

Olga Misař oder: Die Vielfalt der Grenzüberschreitungen 44
Brigitte Rath

Grenzen – Grenzverschiebungen – Grenzverschärfungen Die Handlungsräume der Frauen für den Frieden/Ostberlin 48
Kathrin Stern

Feminismus im Visier Zur Verknüpfung von Linksterrorismus und Feminismus in der BRD 54
Vojin Saša Vukadinović

Abgrenzungen von ›deutschen Terrordamen‹ Diskurse über deutsche Terroristinnen in Österreich und feministische Antworten auf vergeschlechtliche Sicherheitsdiskurse 60
Irene Bandhauer-Schöffmann

Feministische Transgressionen und mediale Grenzziehungen Zur ambivalenten Beziehung von Neuer Frauenbewegung und Massenbewegung – das Beispiel Alice Schwarzer 66
Andreas Schneider

Rezensionen 72

Freundinnen 80

Stiftung – Archiv der deutschen Frauenbewegung 81

Grenzenlos radikal?

Die Grenzen der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich

Anne-Laure Briatte-Peters

geb. 1980, Master d'études germaniques, Gymnasiallehrerin, zzt. Deutsch-französische Promotion (»cotutelle«) zur radikal-bürgerlichen Frauenbewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Publ. u.a.: Literaturübersetzerinnen im deutschen literarischen Feld um 1900, in: Caroline Bland / Elisa Müller-Adams (Hg.): Frauen in der literarischen Öffentlichkeit 1780-1918, Bielefeld 2007; Un tournant historique manqué: la paix de 1919 vue par les féministes radical-pacifistes allemandes, in: Actes du colloque organisé à l'université de Toulouse Le Mirail les 24 et 25 septembre 2009: ›*Les traités de paix, des tournants historiques?*‹, articles réunis par Jean-Paul Cahn et Françoise Knopper (im Erscheinen).

Die »*kleine zielbewußte Schar*«[1] jener recht rührigen Frauenrechtlerinnen, die sich um 1900 nicht ohne Stolz ›radikal‹ nannten, stand in den damaligen Frauenbewegung(en) an der Nahtstelle – mit anderen Worten im Grenzgebiet – zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung. Der ›radikale‹ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung war insofern radikal, als er seinen Gleichheitsanspruch für Frauen – meist mit dem Naturrecht begründet – auf fast alle Lebensbereiche und Gesellschaftsklassen konsequent ausweitete. Die ›Radikalen‹ wollten grundlegende Reformen, aber keine Revolution. Allein von ihrem Standort her waren sie zum Grenzgängerinnen-Dasein prädestiniert.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, auf welche Grenzen der radikale Flügel der deutschen Frauenbewegung im wilhelminischen Kaiserreich stieß. Diese Frage wird auf drei Ebenen behandelt, die drei unterschiedlich weite Handlungssräume der Radikalen widerspiegeln.

Auf der Gesellschaftsebene geht es um die Strategie ihrer Öffentlichkeitsarbeit sowie um ihre Wirkung im Sinne einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz, die jede soziale Bewegung benötigt. Auf der Staatsebene stellt sich die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der Radikalen in der politischen Arena und deren Grenzen. Schließlich werden die vielfältigen internen Grenzziehungen innerhalb der Frauenbewegungen nach ihrer Ursache und Auswirkung kritisch hinterfragt. Diese Überlegungen zielen darauf ab, die Faktoren zusammenzuführen, die das Erlahmen und den Machtverlust der Radikalen kurz vor dem Ersten Weltkrieg erklären können.

Die Gesellschaftsebene – der Umgang mit der Geschlechterordnung

Was wollten die Radikalen? Die Zielsetzungen des 1888 von Minna Cauer gegründeten Berliner Vereins Frauenwohl – »*Anregung geben, Aufklärung bringen, Lücken ausfüllen*« – mögen bescheiden gewirkt haben, doch entwickelte sich der Verein bald zu einem »*Kampfverein*«.[2] In der Traditionslinie der bürgerlichen Frauenbewegung stehend, beschäftigte er sich zunächst mit Frauenbildungs- und Berufsfragen und strebte dabei den gleichen Zugang zum Wissen für beide Geschlechter an. Die Radikalen wollten ihren Geschlechtsgenossinnen den Weg zu qualifizierten Berufen ebnen. Bekanntlich erregte der Anspruch von Frauen auf Zulassung zu den Universitäten großes Aufsehen, ganz zu schweigen von ihren Absichten, auch hochqualifizierte Berufe wie etwa den des Arztes oder des Wissenschaftlers auszuüben.

Die erste öffentliche Auflehnung großen Stils bürgerlicher organisierter Frauen gegen männliche Bevormundung erfolgte anlässlich des Ratifizierungsprozesses des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Im Kampf gegen den Gesetzentwurf wurden sich die Radikalen der Willkür in der Gesetzgebung in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse bewusst.[3] Wenn auch vermutlich zu spät, kämpften sie gegen die im BGB-Entwurf vorgesehene Bevormundung der Frauen in der Ehe und in der Elternschaft.[4] Dass sie beide Geschlechter im Ehe- und Familienrecht gleichberechtigt wissen wollten, und sich etwa gegen die Klausel auflehnten, die dem Ehemann das Recht gab, den Arbeitsvertrag seiner Frau ›ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen‹ (§1358 BGB), bedeutete eine unübersehbare Überschreitung der Grenzen weiblichen Handelns in der patriarchalen Gesellschaft. In der damaligen Presse versuchten viele, diese unerhörte Auflehnung bürgerlicher Frauen als »*Frauenlandsturm*« herabzusetzen.[5]

Nicht genug, dass sie die patriarchale Gesellschaftsordnung angriffen, brachten die Radikalen unter dem Stichwort der Sittlichkeitsfrage das Thema der Prostitution und der ungleichen Sexualmoral für Mann und Frau zur Sprache. Dass damit ein Tabu berührt

wurde, zeigt die Tatsache, dass diese Diskussion wenige Jahre zuvor polizeilich unterbunden worden war, als Gertrud Guillaume-Schack in den 1880er Jahren angefangen hatte, die Ziele der von England ausgehenden Sittlichkeitsbewegung zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution in Deutschland zu verbreiten. Als zehn Jahre später die Radikalen das Thema wieder aufgriffen und es resolut an die Öffentlichkeit brachten, bezogen sie nicht nur von männlicher Seite, sondern auch aus den Reihen der gemäßigten Frauenbewegung Prügel, weil sie damit »*sehr peinliche Dinge*« berührten.[6]

Während des Kongresses des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine in Berlin 1901 im Reichstag; v.l.n.r.: Tilly Hartog, Lida Gustava Heymann, E. M. v. Witt, Minna Cauer, Anita Augspurg, Maria Lischnewska und N.N. auf der Reichstags-Tribüne am Pult hinten Else Lüders

Kennzeichnend für die Radikalen war, dass sie die ›Frauenfrage‹ vor allem als eine Rechtsfrage verstanden[7], und dass ihrer Ansicht nach die Frauen erst dann wirklich selbständig würden, wenn sie gleichgestellt mit den Männern an der Gesetzgebung teilnehmen könnten. Daher erschien ihnen das Frauenwahlrecht als die wichtigste Forderung und das Fundament der Frauenbewegung, auf dem sich die weiteren Errungenschaften aufbauen würden: »*Also A und O unserer Bestrebungen muß sein: politisches Wahlrecht der Frauen! [...] Das Wahlrecht ist das Fundament des Gebäudes; alle Einzelrechte bauen sich auf der Beeinflussung der Gesetzgebung auf*«[8], schrieb Alice Dullo 1906 als Antwort an jene, die behaupteten, die Wahlrechtsforderung der Frauen sei noch verfrüht.

In all diesen Arbeitsfeldern wollten die Radikalen die eng gesteckten Grenzen der Frauenrechte aufheben, die die Frau unter die Bevormundung des Mannes stellten. Ziel war nichts weniger als die »*soziale, politische, persönliche Selbständigkeit der Frau*«.[9]

Im Gegensatz zur Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung ließ sich ihre ›fortschrittliche‹ Minderheit – denn so verstanden sich die Radikalen[10] – davon nicht beirren, dass ihre Aktionen ein großes öffentliches Aufsehen erregten.[11] Sie überschritten dezidiert die Grenzen des gesellschaftlichen Konsenses, um die Rechtlosigkeit der Frauen zu veranschaulichen und anzuprangern. Das Instrument dieser Strategie war eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die als Wahrzeichen der Radikalen gelten kann. Am Beispiel der sehr brisanten Sittlichkeitsfrage soll diese Öffentlichkeitsarbeit umrissen werden.

Die Sittlichkeitsbewegung entsprang dem 1889 von Hanna Bieber-Böhm gegründeten Berliner Verein Jugendschutz sowie der Internationalen Abolitionistischen Föderation (IAF), deren deutschen Hauptfilialen von Anna Pappritz (Berlin) und Lida Gustava Heymann (Hamburg) geleitet wurden. Ab 1898 vertraten die Radikalen in Deutschland die so genannte abolitionistische Richtung, die die staatliche Reglementierung der »*gewerbsmäßigen Unzucht*« abschaffen wollte.[12] Ihr Engagement in den deutschen Filialen der IAF, insbesondere die Strategie der »*Skandalisierung*«[13] von Missgriffen der Polizei gegenüber unbescholtenen Frauen, zeichnete sich durch eine Öffentlichkeitsarbeit aus, die nicht nur vom Thema her die Grenzen der Salonfähigkeit permanent überschritt, sondern auch diese Grenzverletzung gezielt und öffentlichkeitswirksam inszenierte. Sie machte den Protest der Frauen gegen die der reglementierten Prostitution zu Grunde liegenden ›doppelte Moral‹ öffentlich, indem sie ihr Rütteln an den moralisch und juristisch festgelegten Grenzen der bürgerlichen Sexualmoral öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck brachte.

Eine ähnlich gut aufgebaute Pressearbeit lässt sich auch für den Kampf um das Frauenwahlrecht ab der Jahrhundertwende aufzeigen. Die Radikalen zeichneten sich in ihrer Arbeitsweise dadurch aus, dass sie grundlegende Reformen verlangten, die für viele die

»Das letzte Jahrzehnt hat uns diesen Weg gewiesen: das Interesse der öffentlichen Meinung immer energischer wach zu rufen und die gesetzgebenden Körperschaften für die Forderungen der Frauen zu gewinnen, – das ist der Weg, der zum Ziele führen wird.«
Minna Cauer, 1900

»Endlich, so riefen wir aus, wissen wir nun doch, erfahren wir aus dem Munde ›echt starker‹ Männer und ›echt weiblicher‹ Frauen, wo der Hebel angesetzt werden muß, um diese Frauenemanzipation aus der Welt zu schaffen, denn so klingende und berühmte Männer mit ihren Gattinnen müssen doch selbstverständlich den Schlüssel zu aller Weisheit haben [...]. Es ist uns Heil widerfahren, großes Heil – die Männer der Wissenschaft und Kunst mit ihren Frauen nehmen von nun an die Sache in die Hand [...].«
Minna Cauer, 1912

Grenze des Akzeptablen überschritten. Mehr noch: In der Art, wie sie sie verlangten, demonstrierten sie, dass sie sich bereits auf der anderen Seite der Grenze sahen – so beispielsweise, wenn die wenigen auf dem Papier wahlberechtigten Frauen in den Kommunen die Eintragung ihres Namens in die Wählerlisten einforderten, um zu signalisieren, dass sie als Frauen sehr wohl am politischen Leben teilnehmen wollten.[14]

Allerdings hatte diese offensive Strategie einen Preis. Ab den 1890er Jahren erlebte die deutsche Frauenbewegung eine gewaltige Expansionsphase, mit der freilich auch ein rascher Anstieg des Antifeminismus einher ging.[15] So schwer dies auch zu bemessen ist, die Radikalen waren vom Antifeminismus erheblich mehr betroffen als die Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung, deren Ziele sich zumindest scheinbar eher in den vorherrschenden Diskurs einfügten.

So wurden die Radikalen immer wieder mit Manifestationen des Antifeminismus konfrontiert und gingen mit ihnen recht offen um. Wenn es um krasse Formen der Misogynie ging, so wie bei Paul J. Möbius' Bestseller »*Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes*«[16], war Hedwig Dohm die Fachfrau, die in der Zeitschrift »Die Frauenbewegung«, dem Publikationsorgan der Radikalen, humor- und geistvoll konterte.[17] Noch bevor 1903 der nächste misogyne Bestseller erschien, nämlich »*Geschlecht und Charakter*« von Otto Weininger, veröffentlichte Hedwig Dohm »Die *Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung.*«[18] Alle drei Erscheinungen zeigen, dass um 1900 der Antifeminismus in der Öffentlichkeit lauter und offener geworden war. Wenn es wiederum um relativ sachliche Diskurse ging, die gegen die Bestrebungen der Frauenbewegung(en) argumentierten, so gaben sich die Redakteurinnen der Zeitschrift »Die Frauenbewegung«, die Mühe, die Argumentationsstränge einzeln darzustellen und zu widerlegen.[19] Dies betrachteten sie als einen Teil ihrer Aufklärungsarbeit.

Trotz – oder wegen – all der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Frauenrechtlerinnen wurde 1912 der Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation ins Leben gerufen. Der Name war Programm. Zu Recht interpretierten die führenden Vertreterinnen der Frauenbewegung diese Gründung als ein Zeichen ihres Erfolges.[20] Doch auch wenn ihnen gelungen war, zu einem Bestandteil des öffentlichen Lebens des Kaiserreichs zu werden, hieß es noch nicht, dass sie entsprechend viel gesellschaftliche Akzeptanz errungen hätten. Im Gegenteil: Je mehr die Radikalen den Schwerpunkt auf die politische Gleichberechtigung legten und somit Eintritt in die bisher exklusiv männliche Arena der Politik verlangten, desto mehr lösten sie in vorwiegend national-konservativen und völkischen Kreisen Abneigung aus.[21] Dass sie sich offen zu den britischen Suffragetten bekannten, die im wilhelminischen Deutschland als hysterische Furien galten, trug nicht zu ihrer Popularität bei.[22] Doch lieber blieben sie im Fadenkreuz der Kritik, bevor sie sich von ihren Prinzipien entfernten. Denn Prinzipientreue schrieben die Radikalen groß. In ihren vielen Kämpfen hätten sie »*kein Schwanken, keine Kompromisse [...] auch nicht einmal eine Konzession*«[23] geduldet, schrieb Minna Cauer rückblickend.[24] Ihre Kompromisslosigkeit war gleichzeitig ihr Wahrzeichen, ihre Stärke, aber auch für die konformistische Gesellschaft sowie für das national-konservative und völkische politische Spektrum ein Greuel.

Die politische Ebene – Der Umgang mit den parteipolitischen Spielregeln

Die Radikalen setzten voraus, dass nur vom Staat ausgehende Reformen – etwa per Gesetz – eine ernst zu nehmende Lösung der Frauenfrage bieten könnten, daher wandten sie sich bevorzugt an den Staat und seine Institutionen. Aus diesem Grund sprach Irene Stoehr von einer strukturellen wie inhaltlichen »Staatsfixierung«[25] der Radikalen. Bei genauerer Betrachtung erweist sich jedoch, dass der Obrigkeitsstaat bei den Radikalen eher Gegenstand ihrer Kritik war. Zutreffender ist es, von einer Parlamentsfixierung der Radikalen zu sprechen, da diese die Frauenfrage zuallererst auf der juristischen Ebene lösen wollten und daher im Reichstag als verfassungsmäßigem Akteur der Reichsgesetzgebung und Vertreter der Volksinteressen ihren bevorzugten Verhandlungspartner sahen. Um sich dort Gehör zu verschaffen, griffen sie, wie die anderen Frauenorganisationen auch, gerne auf das Mittel der Petition zurück, denn diese mussten – anders als etwa Resolutionen – von ihrem Adressaten zur Kenntnis genommen werden.[26] Dass sie eigens zum Thema eine Beilage für die Zeitschrift »Die Frauenbewegung« mit dem Titel »Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung« gründeten, zeugt von der Bedeutung, die die Radikalen dem Reichstag und der Gesetzgebung beimaßen. In dieser Beilage wurden zahlreiche Protokolle von Reichstagssitzungen veröffentlicht und aus feministischer Perspektive kommentiert. Die Radikalen zeigten sich oft enttäuscht, wenn nicht gar empört, über die Art und Weise, wie die Reichstagsabgeordneten die Interessen des Volkes vertraten.[27] Diese Enttäuschung lässt erahnen, welche hohen Ansprüche sie an den Reichstag als Vertreter der Volksinteressen im Staatsapparat stellten. So haben die Radikalen – vermutlich aus tiefster republikanischer Überzeugung – den Reichstag überschätzt: sowohl in der Fähigkeit als auch in der Bereitschaft der Abgeordneten, die Interessen des Volkes im Allgemeinen und der Frauen im Besonderen zu vertreten.

Auf die Frage der Unterstützungsbereitschaft der Reichtagsabgeordneten soll gleich



»War es den Reichsboten ernst mit der Beratung der sogenannten Lex Heinze, d. h. mit den Debatten über die Sittlichkeits-paragraphen? [...] Unklarheit, Zaudern, Mangel an Ernst, Mangel an Verständnis, Heuchelei, kavaliermäßige Auffassung, – das alles drängt sich demjenigen auf, der dieser Komödie der Sittlichkeit beiwohnt, denn nur als eine solche kann sie bezeichnet werden. [...] – Heiterkeit, nichts als Heiterkeit, das war die Grundstimmung der Reichstags-abgeordneten.«
1900

Karikatur von Minna Cauer und Hanna Bieber-Böhm (?) aus dem Simplicissimus von 1909

noch einmal zurück gekommen werden. Was ihren Handlungsspielraum im politischen Leben des Kaiserreichs angeht, kann nicht unterstellt werden, dass die Radikalen nicht wüssten, wie im Reichstag Politik gemacht wurde, da ja einige von ihnen, vornehmlich Minna Cauer und Anita Augspurg, häufig Reichstagssitzungen beiwohnten und in der Reichstagsbibliothek ein- und ausgingen. Doch könnte es sein, dass sie auf Grund ihrer Fixierung auf den Reichstag die Macht der Hofcamarilla sowie die tiefe Verachtung des Kaisers für den Reichstag etwas aus den Augen verloren. So dürften ihre Erwartungen an dem Reichstag mehr über ihre Wunschvorstellung eines Parlaments in einer idealtypischen parlamentarischen Demokratie als über die wirklichen Machtbefugnisse des Reichstags im wilhelminischen Kaiserreich aussagen. In dieser Hinsicht stießen die Radikalen auf eine für sie schwer zu überwindende Grenze, nämlich die strukturelle Schwäche des Reichstags, auf den sie große Hoffnungen setzten.

Interessanterweise findet sich in der Suche der Radikalen nach einer aktiven Unterstützung seitens der Parteipolitik eine ähnliche Fehlschätzung wieder. Die Radikalen fühlten sich zu Recht mit den Vertretern des demokratischen Liberalismus, den ›Linksliberalen‹, geistig verwandt. Beide Gruppen entstammten der liberal-demokratischen politischen Tradition und verfolgten – zumindest auf dem Papier – die gleichen Zielvorstellungen vom allgemeinen Wohl, von Grundfreiheiten in einem Rechtsstaat, der die Werte und Normen der bürgerlichen Gesellschaft verkörpert. Zusätzlich zu dieser geistigen Verwandtschaft verbanden oft persönliche Kontakte die führenden Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, inklusive der Radikalen, mit prominenten Vertretern des Linksliberalismus wie Friedrich Naumann, Theodor Barth und Rudolf Breitscheid. Nun nahmen die Radikalen die Liberalen beim Wort und erwarteten, dass ihr Versprechen von Recht und Freiheit tatsächlich allen Menschen galt, also auch den Frauen. Da, ideologisch betrachtet, alle Kernforderungen der Frauenbewegung im politischen Glaubensbekenntnis des Linksliberalismus beinhaltet sein mussten, wünschten sich die Radikalen eine Zusammenarbeit mit den Linksliberalen, von der beide Seiten – dachten die Radikalen – nur profitieren konn-

ten. So unterstützten manche Radikalen ab 1898 tatkräftig diejenigen linksliberalen Reichstagskandidaten, die in ihr Wahlprogramm bestimmte Forderungen der Radikalen aufnahmen.[28]

Doch mussten diese bald feststellen, dass auch bei den Linksliberalen die Bereitschaft, ihr politisches Programm auf die Frauen auszudehnen und deren Fähigkeit zum politischen Handeln anzuerkennen, sehr bald ihre Grenzen erreichte. Dies kam insbesondere in Diskussionen zum Vorschein, die um das Frauenwahlrecht kreisten. Oft versicherten linksliberale Politiker den Frauen ihre prinzipielle Unterstützung für das Frauenstimmrecht, behaupteten jedoch alsbald, die Zeit sei noch nicht reif, um den Frauen die vollen politischen Rechte zu geben – ein rhetorisches Manöver, das über ihre Abneigung gegen das Frauenstimmrecht nicht hinwegtäuschen konnte. Trotz nachdrücklicher Mahnung von Seiten der Radikalen weigerten sich ferner die Linksliberalen, die Forderung des Frauenstimmrechts ins Programm der 1910 gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei aufzunehmen. Nur einige wenige linksliberale Politiker wie Theodor Barth, Rudolf Breitscheid und Hellmut von Gerlach, die drei Mitbegründer der Demokratischen Vereinigung, schienen in der Unterstützung der Frauenbewegung ehrlich bemüht zu sein. Dies half jedoch den Radikalen wenig, da es dieser demokratischen und pazifistischen Partei nie gelang, Reichstagsmandate zu bekommen und sich zu einer bedeutenden Partei zu entwickeln.[29] Die Radikalen fanden also in den Linksliberalen keine zuverlässigen und starken Partner.

»Es ist begreiflich, daß wir uns durch diese Art des Vorgehens bei den männlichen Mitarbeitern nicht allzu große Beliebtheit erwarben.«
Lida Gustava Heymann, um 1941

Als Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg – zwei führende Protagonistinnen der Radikalen – 1903 der Hamburger Ortsgruppe der Freisinnigen Volkspartei beitraten und dort eifrig mitarbeiteten, spürten sie deutlich, dass sie und ihre Arbeitsdisziplin dort nicht willkommen waren. In ihren Jahrzehnte später verfassten Memoiren erinnerte sich Lida Gustava Heymann: »*Wir gewannen bald Einblick in alle Einzelheiten der Wahlarbeit, regelten Propaganda und Arbeit nach unseren Grundsätzen. Stießen wir auf unsaubere Machinationen, auf Mißwirtschaft, so brachten wir sie der Parteileitung zur Kenntnis und ruhten nicht eher, als bis sie abgestellt waren. [...] Verleumdungen der Gegner wurden nicht geduldet. Benutzung der Parteikasse für nach unseren Begriffen persönliche Zwecke wie: Mahlzeiten, Bier, Tabak – wurde unterbunden. Wer nicht mitarbeiten wollte, durfte das Parteilokal nicht als Konversationszimmer benutzen.*« Ferner kommentierte sie: »*Schon damals war es uns klar, daß diese hergebrachten Methoden der Parteipolitik sich im Verlauf der Zeit katastrophal auswirken müßten und nicht fähig wären, innere wie äußere Politik zu menschenwürdigem Aufbau und großzügiger Wirtschaft zu erheben.*«[30] Nach dreieinhalb Jahren Mitarbeit traten Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg aus der Freisinnigen Volkspartei wieder aus und erwarteten von der »*männlichen Parteipolitik*«[31] für die Frauen(bewegung) nichts mehr.

Heymann und Augspurg setzten damit ein Zeichen: Sie signalisierten, dass sie sich weigerten, die politische Arbeitsweise zu übernehmen, die sie vor Ort hatten beobachten können: »*Die bürgerlichen Frauen sind nicht in das politische Leben eingetreten, um die Schleppenträger der von den Männern bisher beliebten Parteipolitik zu werden, sondern ihr Streben geht dahin, rücksichtslos alles abzulehnen, was ihnen verwerflich erscheint [...]*«.[32] Sie wollten mit der »*männlichen Parteipolitik*« aufräumen und eine neue Arbeitsdisziplin und vor allem eine neue Berufsethik in die Politik einführen.

Doch war diese Parteipolitik nicht so (scheinbar) unseriös, weil, wie Heymann meinte, » – *von Ausnahmen abgesehen – die Männer faul sind*«[33] und keine Arbeitsdisziplin kennen. Heymann erkannte wohl nicht, dass das Trinken, Rauchen und die Unterhaltung während der Arbeit im Ortsverein ›dazu gehörten‹, und zwar als fester Bestandteil der Vereinskultur eines Männervereins, der die Ortsgruppe einer politischen Partei ja auch war. Begreift man mit Hans-Jürgen Heinrichs Politik als »*männerbündisches Handeln und Verhalten*«[34] und den erlesenen Kreis der Politiker als männerbündisch veranlagt, der naturgemäß den Eintritt von Frauen nicht vertragen kann und will, so lässt sich die von Heymann kritisierte Verhaltensweise ihrer Parteigenossen anders interpretieren. Heinrichs zufolge sind solche Umgangsformen »*kodifiziert und haben einen offen oder versteckt religiösen bzw. magischen Charakter*«[35], sie dienen wesentlich zur kollektiven Identitätsbildung zum Zwecke der Einheit des einzelnen mit der Gemeinschaft. Somit wird klar, dass das Verhalten Augspurgs und Heymanns in der Partei eine Sprengung des Systems bedeutete und das männerbündische Parteileben aufzulösen drohte.

Nach ihren ernüchternden Erfahrungen in den männlichen politischen Parteien hielten die Radikalen eine grundlegende Änderung des deutschen politischen Lebens im Sinne der Sachlichkeit für notwendig.[36] Allerdings gelang es den Frauen auch nicht, den selbst gesteckten Anspruch der Sachlichkeit zu erfüllen.

Die Frauenbewegungen – Umgang mit den ›Schwestern‹

Im Unterschied zur Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung wollte ihr radikaler Flügel mit den Arbeiterinnenvereinen zusammen arbeiten. Im Programm des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine, der 1899 gegründeten eigenen Dachorganisation der Radika-

len, stand das Streben nach einem »*vereinigten Vorgehen der bürgerlichen Frauen und der Arbeiterinnen*« als einer der vier Programmpunkte.[37] Und dennoch gelang es den Radikalen bis zum Ersten Weltkrieg nicht, bei den Arbeiterinnenorganisationen Anschluss zu finden.

Wie ist dies zu erklären? Zum einen hatte Clara Zetkin nach dem Fauxpas der bürgerlichen Frauen, die zwar gegen den Ausschluss der Arbeiterinnen aus dem Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) protestiert, ihn jedoch schließlich hingenommen hatten, leichtes Spiel, den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung samt der Radikalen Heuchelei vorzuwerfen, vertraten sie doch – so Zetkin – die Interessen des ›Kapitals‹ auf Kosten des ›Proletariats‹. Die Anführerin der proletarischen Frauenvereine setzte ihre Politik der »*reinlichen Scheidung*« um so strenger um, als diese nicht zuletzt dazu diente, die Konkurrenz der Radikalen bei den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen abzuwehren.[38]

Ferner muss der beteuerte Wille der Radikalen zur Zusammenarbeit mit den Arbeiterinnen kritisch hinterfragt werden. Bei dem auffälligen missionarischen Aufklärungsdrang der Radikalen muss ihre Bereitschaft, mit den Arbeiterinnen auf gleicher Augenhöhe zusammen zu arbeiten, in Zweifel gezogen werden. Als überzeugte Trägerinnen und Vermittlerinnen der bürgerlichen Bildung und Normen müssen die Radikalen bei den Frauen aus dem Arbeitermilieu eine gewisse Überlegenheit ausgestrahlt und damit Argwohn ausgelöst haben. In einer selbstkritischen Betrachtung war Minna Cauer einmal so ehrlich einzusehen, dass sie bei aller Liebe zur Sozialdemokratie wahrscheinlich nie übertreten würde, da sie – abgesehen von ihren Bedenken theoretischer Art – nicht aus ihrer bürgerlichen Haut heraus könne.[39] Lily Braun, die sich als ehemalige Radikale der sozialdemokratischen Frauenbewegung anschloss, litt zeitlebens unter dem Argwohn der proletarischen Frauen.[40] Diese Beispiele veranschaulichen den theoretischen und nicht zuletzt sozialen Graben, der bei aller Frauensolidarität die proletarische von der bürgerlichen Frauenbewegung trennte.

Überhaupt war die so oft heraufbeschworene Frauensolidarität[41] eine heikle Sache. Auch innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung spielten sich Grabenkämpfe ab, und zwar insbesondere zwischen ihrer ›gemäßigten‹ Mehrheit und ihrer ›radikalen‹ Minderheit. Es fing mit der Frage der Haltung zu den Arbeiterinnenorganisationen an, ging gleich weiter mit der Auseinandersetzung über die dem BDF zu verleihenden Ziele und Verfassung, und schon hatten sich zwei Lager herauskristallisiert. Die Grenzlinie zwischen den Radikalen und den Gemäßigten zog sich wie ein Graben durch alle Tätigkeitsgebiete der Frauenbewegung(en) hindurch: Ehe- und Familienrecht, Sittlichkeit, Kommunalpolitik, Stimmrecht, Mutterschutz und Pazifismus.

Inzwischen weiß man, dass die Polarität zwischen Radikalen und Gemäßigten lange überschätzt wurde und, dass die Grenzlinien zwischen den beiden Lagern in den jeweiligen Argumentationssträngen durchaus fließend sein konnten. So wurde eine Zeit lang behauptet, die Radikalen würden in ihren feministischen Forderungen vom Naturrecht ausgehen, die Frauen also vordergründig als Menschen betrachten, während die Gemäßigten ihre Forderungen mit angeblichen – angeborenen, daher unveränderlichen – Wesensmerkmalen der Frau begründeten. Diese würden das Frau-Sein auf die Mütterlichkeit reduzieren, seien daher konservativ, wenn nicht gar reaktionär, während die Radikalen mit ihrem angeblich egalitären Geschlechterbild fortschrittlich seien.[42] Bei genauerem Betrachten zeigt sich jedoch, dass die Radikalen sehr wohl auch mit der Kategorie der »Mütterlichkeit« und vermeintlichen weiblichen Wesensmerkmalen arbeiteten, sei es aus tiefster Überzeugung oder aus taktischen Gründen. Fest steht, dass sie somit am Mütterlichkeitsdiskurs teil hatten, der eine Zeit lang zu Unrecht allein den Gemäßigten zugeschrieben wurde. Dieses Beispiel soll auf den teils konstruierten, wenn auch für die Beteiligten sehr wichtigen Charakter der Grenze zwischen den Gemäßigten und den Radikalen hinweisen.

Einige Grenzen, auf die die Frauenrechtlerinnen stießen, waren weder auf den Antifeminismus einer männlich dominierten Welt noch auf theoretische bzw. ideologische Differenzen zurückzuführen, sondern schlicht auf den Machtanspruch und die Eitelkeit mancher Anführerin der Frauenbewegungen. Häufig verbargen sich hinter sachlichen Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen und den Gemäßigten persönliche Konflikte. Im Kampf zwischen Minna Cauer und Helene Lange um die Macht in der bürgerlichen Frauenbewegung bestimmten nicht selten persönliche Intrigen richtunggebende Entscheidungen, etwa im BDF. So spann Lange bemerkenswerte Intrigen, um Minna Cauer daran zu hindern, 1899 zur Vorsitzenden des Bundes gewählt zu werden. Lange sorgte dafür, dass Marie Stritt gewählt wurde. Der Machtkampf zwischen Lange und Cauer und den jeweiligen Anhängerinnen lag einigen Lagerwechseln sowie Spaltungen von Vereinen und Verbänden zugrunde, die nur scheinbar aus sachlichen Differenzen resultierten.[43]

Dieser Machtkampf war freilich nicht der einzige. Auch innerhalb des radikalen Flügels waren solche menschlichen Leidenschaften keine Seltenheit. Minna Cauer, die in den 1890er Jahren an der Spitze der Radikalen stand, schien ein Talent dafür zu besitzen, einerseits Menschen anzuziehen, die sie sehr bewunderten, und sich andererseits mit ihnen früher oder später zu zerstreiten. Ihre

»Die Damen können Gift darauf nehmen, daß auch ohne ihre Erklärungen es nicht einer einzigen zielbewußten proletarischen Frauenorganisation auch nur im Traume eingefallen wäre, Anschluß an den Verband zu suchen. Die deutsche Arbeiterinnenbewegung ist über die Zeit frauenrechtlerischer Harmoniedusselei längst hinaus.«
Clara Zetkin, 1893

»[...] das mächtig pulsierende Leben innerhalb dieser Partei, die Opferfreudigkeit und das Festhalten an den Idealen muß auch dem Gegner Achtung und Anerkennung abgewinnen. [...] In der Partei selbst, so haben die Frauen ebenso einmütig bekannt, haben sie noch mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, nur in der Theorie haben sie bis jetzt die volle Gleichberechtigung.«
Minna Cauer, 1900

Arbeitspartnerinnen und Freundinnen Emma von Witt und Auguste Kirchhoff sind da seltene Ausnahmen, denn Minna Cauer blieb bis zu ihrem Lebensende mit ihnen befreundet. Persönliche Differenzen und Konkurrenz um Macht spielten in der bürgerlichen Frauenbewegung eine vermutlich ähnliche Rolle wie in jedem beliebigen Männerverein und in jeder politischen Partei. Doch genau mit diesem Gedanken konnten die Radikalen nicht umgehen, da sie im Grunde glaubten oder glauben wollten, dass die Frauen bessere ›Staatsbürger‹ im Sinne einer höheren Entwicklung der Menschheit seien.[44]

Fazit

Kommen wir auf die eingangs gestellte Frage zurück, so kann Folgendes festgehalten werden: Auf der Gesellschaftsebene war die Öffentlichkeitsarbeit der Radikalen insofern erfolgreich, als sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Frauenbewegung lenkte. Dies war jedoch eine zweischneidige Sache, denn je offensiver die Öffentlichkeitsarbeit, desto lauter wurden die Gegenstimmen. Im Umgang mit den staatlichen Institutionen und dem politischen Personal hatten die Radikalen trotz fundierter Kenntnisse über das politische System manches über- und anderes unterschätzt. In der Parteipolitik setzten sie auf die linksliberalen Parteien, die immer mehr ins politische Abseits rutschten; ein Bündnis mit ihnen, wie es den Radikalen einmal vorschwebte, kam nie zustande. Freilich war das politische Klima in Zeiten des aufsteigenden Nationalismus denkbar ungünstig für linksliberale Ideen; ebensowenig günstig war es auch für die liberal-demokratischen Forderungen der radikalen Frauenbewegung. Ungünstiges politisches Klima, schwache Partner und starke Gegner außerhalb und innerhalb der Frauenbewegung – die internen Machtkämpfe und persönlich motivierten Spaltungen taten ihr Übriges, um am Vorabend des Ersten Weltkrieges die radikale Richtung implodieren zu lassen.

Anmerkungen

1 Die dritte Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine in Hamburg vom 3.-6. Oktober, in: Die Frauenbewegung, 4. Jg., 1898, H. 20, S. 217.
2 Minna Cauer: 25 Jahre Frauenwohl Groß-Berlin, Berlin 1913, S. 8.
3 Else Lüders: Der »linke Flügel«. Ein Blatt aus der Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Berlin o.J. [1904], S. 23.
4 Vgl. Aufruf, unterzeichnet von d. Rechtskommission des Bundes Deutscher Frauenvereine, abgedr. in: Die Frauenbewegung, 2. Jg., 1896, H. 12, S. 114f.
5 Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek 1990, S. 229; Else Lüders: Der »linke Flügel«, S. 25.
6 Vgl. Lily von Gizycki: Stimmungsbilder aus der Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine in München, in: Die Frauenbewegung, 1. Jg., 1895, H. 9, S. 69.
7 Ute Gerhard: Unerhört, S. 225.
8 Herv. im Orig. Alice Dullo: Krone oder Fundament?, in: Die Frauenbewegung, 12. Jg., 1906, H. 7, S. 50.
9 Anita Augspurg: Die Verfassung des Bundes, in: Die Frauenbewegung, 4. Jg., 1898, H. 19, S. 204.
10 Die Radikalen betrachteten sich als den ›fortschrittlichen‹ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, was gleichzeitig suggerierte, dass die Gemäßigten ihre ›konservative‹ oder gar ›reaktionäre‹ Richtung darstellten. Irene Stoehr warnte davor, *»die Begriffe ›konservativ‹ und ›fortschrittlich‹ als Bewertungsmaßstäbe«* einfach zu übernehmen. Irene Stoehr: ›Organisierte Mütterlichkeit‹. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900, in: Karin Hausen (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte, München 1983, S. 221.
11 Im Denken der gemäßigten Frauenbewegung sollte der Beitrag der Frauen zur ›Kulturentwicklung‹ der Gesellschaft langfristig zur Anerkennung der (politischen) Reife der Frau führen. Irene Stoehr: ›Organisierte Mütterlichkeit‹, S. 221-249. Nicht selten fanden die bürgerlichen Frauen in ihrer Stadtgemeinde einen geeigneten Rahmen für ihre politische Arbeit. Vgl. Kerstin Wolff: »Stadtmütter«. Bürgerliche Frauen und ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik im 19. Jahrhundert (1860-1900), Königstein i.Ts. 2003.
12 Zum Thema Abolitionismus siehe das Ariadne-Heft »Die sittliche Waage ist aus dem Gleichgewicht«. Gesellschaftliche Debatten um 1900; Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, H. 55, Mai 2009.
13 Ulla Wischermann: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke – Gegenöffentlichkeiten – Protestinszenierungen, Königstein i.Ts. 2003, S. 236ff.
14 Vgl. u. a. Aufruf an die bürgerberechtigten Frauen in Rudolfstadt, in: Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung, 1899, H. 5, S. 19; Aufforderung zur Inanspruchnahme des Kommunalwahlrechts in den alten preußischen Provinzen, in: Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung, 1906, H. 13, S. 25.
15 Ute Planert: Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 11.
16 Paul J. Möbius: Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes, Halle 1900. 1922 kam die 12. Auflage heraus.
17 Hedwig Dohm: Randglossen zur Schrift ›Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes‹ von P. J. Möbius, in: Die Frauenbewegung, 7. Jg., 1901, H. 3, S. 18-20; (Forts.) H. 4, S. 26-28; (Schluß) H. 5, S. 35f. Im Gegensatz zu dem, was in der Sekundärliteratur oft zu lesen ist, war Hedwig Dohm keine außerhalb der Frauenbewegungen stehende radikale Denkerin und Schriftstellerin, sondern sie war in Frauenvereinen der radikalen Richtung organisiert und nahm an manch ihrer Aktionen teil. Sie war Mitglied des Gründungskomitees des Frauenvereins Reform (später Frauenbildung – Frauenstudium), trat 1889 dem von Minna Cauer gegründeten Verein Frauenwohl bei, war dort Vorstandsmitglied, und sie gehörte der Gründungsversammlung des 1905 von Helene Stöcker ins Leben gerufenen Bundes für Mutterschutz an. Außerdem war sie Ehrenpräsidentin des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht. Vgl. Nikola Müller / Isabel Rohner: Hedwig Dohm – ein Wiedersehen zum 175. Geburtstag, in: Dies. (Hg.): Hedwig Dohm. Ausgewählte Texte, Berlin 2006, S. 20f.; Minna Cauer: Hedwig Dohm zum 80. Geburtstag, in: Die Frauenbewegung, 19. Jg., 1913, H. 18, S. 139.
18 Otto Weininger: Geschlecht und Charakter. Eine prinzipielle Untersuchung, Wien/Leipzig 1903. 1912 kam die 13. Auflage heraus. Hedwig Dohm: Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung, Berlin 1902. Vgl. Besprechung desselben im Presseorgan der Radikalen: Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung von Hedwig Dohm, in: Die Frauenbewegung, 10. Jg., 1904, H. 6, S. 44f.
19 Z. B. Ella Mensch: Nietzsche und die Frauen, in: Die Frauenbewegung, 3. Jg., 1897, H. 19, S. 189f.; Tony Breitscheid: Eine Anti-Frauenstimmrechtsbewegung, in: Zeitschrift für Frauen-

stimmrecht (Beilage der Frauenbewegung), 2. Jg., 1908, H. 10, S. 43f.; Minna Cauer: Die »Verdrängung« von Männerarbeit durch Frauenarbeit, in: Die Frauenbewegung, 21. Jg., 1915, H. 18, S. 69f.; Else Lüders: Die weiblichen Antis, in: Die Frauenbewegung, 22. Jg., 1916, H. 22, S. 86f.

20 Ute Planert: Antifeminismus, S. 155.

21 Ebenda, S. 38ff. Nicht zufällig stammt der Begriff Männerbund aus dem Jahr 1902. Zum Männerbund als Mittel zur gesicherten Abgrenzung der Frau und als Reaktion auf ihre stärkere Präsenz in Hochschulen und im öffentlichen Leben: Stephan Peters: Elite sein. Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation, Tectum 2004, S. 174f.

22 Ute Planert: Antifeminismus, S. 110f.

23 Minna Cauer: 25 Jahre. Ein Abschluß, in: Die Frauenbewegung, 25. Jg., 1919, H. 24, S. 1.

24 Diese Grundhaltung der Radikalen, die Minna Cauer mit Stolz erfüllte, mißbilligten die Frauenrechtlerinnen im BDF als eine eigennützige Profilierungsstrategie der Radikalen, die im BDF auf Kosten der bundesinternen Zusammenarbeit eine Art Obstruktionspolitik durchführten. In ihrer unveröffentlichten Autobiographie schrieb Anna Pappritz 1908: »*Es herrschte eben unter den sogenannten Radikalen immer eine gewisse Bandenkollegialität und Solidarität. Sie verziehen einander alles, so lange sie nur in dem einen fest blieben: Hass und Feindschaft gegen den Bund deutscher Frauenvereine, der ihnen als Inbegriff des Rückschrittes erschien. Dieser Hass war aber au fond nur auf persönliche Motive zurückzuführen, auf die g e k r ä n k t e E i t e l k e i t, dass es ihnen nie gelungen war einen Sitz im Bundesvorstand zu erobern.*« (Herv. im Orig.) Zit. nach Margit Göttert: Macht und Eros. Frauenbeziehungen und weibliche Kultur um 1900 – eine neue Perspektive auf Helene Lange und Gertrud Bäumer, Königstein i.Ts. 2000, S. 76 (Fußnote 51).

25 Irene Stoehr: Frauenbewegte Nationalgefühle und Staatsbewußtheiten vor 1933, in: Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, November 1993, H. 24, S. 22.

26 Ulla Wischermann: Frauenbewegungen, S. 211.

27 Le Parlement s'amuse, in: Die Frauenbewegung, 6. Jg., 1900, H. 4, S. 25ff.

28 Anita Augspurg / Minna Cauer: Frauen Deutschlands!, in: Die Frauenbewegung, 4. Jg., 1898, H. 7, S. 73; Lida Gustava Heymann / Anita Augspurg: Rundschreiben des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht betr. Wahlarbeit der Frauen, in: Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung, 5. Jg., 1903, H. 9, S. 33.

29 Ludwig Elm: Demokratische Vereinigung 1908-1918, in: Dieter Fricke (Hg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 1, Westberlin 1974, S. 280-284.

30 Lida Gustava Heymann: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Meisenheim 1972, S. 101f. und S. 102.

31 Lida Gustava Heymann: Parteipolitik, in: Zeitschrift für Frauenstimmrecht, 1. Jg., 1907, H. 1, S. 2.

32 Ebenda.

33 Lida Gustava Heymann: Erlebtes, S. 101.

34 Hans-Jürgen Heinrichs: Politik als männerbündisches Handeln und Verhalten, in: Gisela Völger / Karin v. Welck (Hg.): Männerbande Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich, Bd. 1, Köln 1990, S. 87-92.

35 Ebenda, S. 88.

36 Lida Gustava Heymann: Parteipolitik, S. 2.

37 Else Lüders: Der »linke Flügel«, S. 68.

38 Heinz Niggemann: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981, S. 84; Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt a.M. 1982, S. 150.

39 Else Lüders: Minna Cauer. Leben und Werk. Dargestellt an Hand ihrer Tagebücher und nachgelassenen Schriften, Gotha 1925, S. 160.

40 Ute Gerhard: Unerhört, S. 197; Gilbert Badia: Clara Zetkin, féministe sans frontières, Paris 1993, S. 87ff.

41 Vgl. z. B. Minna Cauer: Zersplitterung – Solidarität, in: Die Frauenbewegung, 16. Jg., 1910, H. 16, S. 123f.; Auguste Kirchhoff: Solidarität der Frauen, in: Die Frauenbewegung, 20. Jg., 1914, H. 7, S. 75-77.

42 Exemplarisch: Bärbel Clemens: ›Menschenrechte haben kein Geschlecht‹. Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung, Pfaffenweiler 1988. Theresa Wobbe u.a. hat für das Aufgeben dieser über Gebühr polarisierten Darstellung der bürgerlichen Frauenbewegung plädiert. Theresa Wobbe: ›Die Frauenbewegung ist keine Parteisache‹. Politische Positionen der Gemäßigten und Fortschrittlichen der bürgerlichen Frauenbewegung im Kaiserreich, in: Feministische Studien, 1986, H. 2, S. 58f.; Dies.: Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende, Frankfurt a.M. 1989, S. 15f.

43 Margit Göttert: Macht und Eros, S. 71-82.

44 Z. B. Anita Augspurg: Die politische Erziehung der Frau, in: Die Frauenbewegung, 8. Jg., 1902, H. 3, S. 18.

Randzitate

Minna Cauer: Zum Abschied. Betrachtungen bei der Wende des Jahrhunderts, in: Die Frauenbewegung, 6. Jg., 1900, H. 1, S. 2.

Minna Cauer: Der Bund der ›echt starken‹ Männer und der ›echt weiblichen‹ Frauen, in: Die Frauenbewegung, 18. Jg., 1912, H. 12, S. 91f.

Le Parlement s'amuse, in: Die Frauenbewegung, 6. Jg., 1900, H. 4, S. 25 f.

Lida Gustava Heymann: Erlebtes – Erschautes, Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Meisenheim 1972, S. 102

Clara Zetkin 1893, zit. nach. Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990, S. 180

Minna Cauer: Die Frauenfrage auf dem sozial-demokratischen Parteitage zu Mainz im September 1900, in: Die Frauenbewegung, 6. Jg., 1900, H. 19, S. 145f.

Bildnachweise

Seite 7: Landesarchiv Berlin, Helene-Lange-Archiv, E Rep. 300-36 Nr. 3.

Seite 9: Simplicissimus, 13. Jg., 1909, Nr. 40, S. 695.